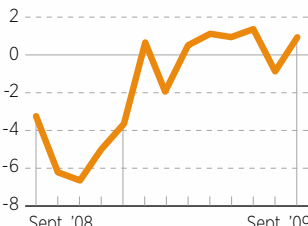


USA

Industrie zieht mehr Aufträge an Land

US-Auftragseingänge

Industrie, Veränd. zum Vormonat in %



Handelsblatt Quelle: US-Dept. of Commerce

Die Auftragslage der US-Industrie hat sich im September überraschend stark verbessert. Die Bestellungen seien im Vergleich zum Vormonat um 0,9 Prozent gestiegen nach einem Minus von 0,8 Prozent im August, teilte das Handelsministerium mit. Damit legten die Aufträge in fünf von sechs Monaten zu. Volkswirte hatten für September mit einem Plus von 0,8 Prozent gerechnet. Klammert man den Verkehrsbereich aus, kletterten die Orders um 0,8 Prozent. Reuters

Australien

Zentralbank erhöht erneut die Leitzinsen

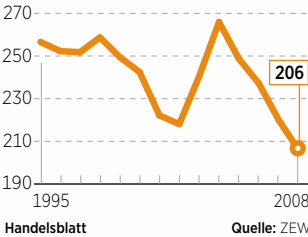
Die australische Notenbank hat den zweiten Monat in Folge die Leitzinsen angehoben, und zwar um einen Viertelpunkt auf 3,5 Prozent. Australien ist damit das einzige Land, das die Zinsen bereits zweimal erhöht hat, während der Rest der Welt nur langsam aus der Rezession herausfindet. Notenbankgouverneur Glenn Stevens begründete den Schritt mit einem Anstieg des Verbrauchervertrauens und der Nachfrage nach Kohle und Eisen-erz aus China, die die Konjunktur anheizte. Bloomberg

Deutschland

Immer weniger Menschen wagen Firmengründungen

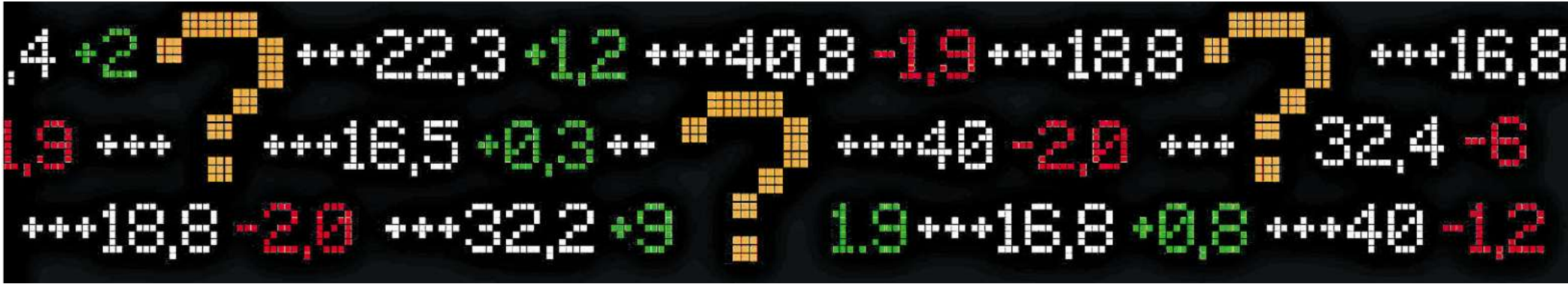
Gründungsmüde

Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland, in Tausend



Handelsblatt Quelle: ZEW

Die Zahl der Unternehmensgründungen in Deutschland ist 2008 bereits im vierten Jahr in Folge gesunken. Mit einem Rückgang um rund sieben Prozent gegenüber dem Vorjahr wurden nur noch 206 000 Unternehmensgründungen erreicht. Das sei der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung, teilte das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mit. Von den großen Wirtschaftsbereichen waren der Bausektor und der Handel am stärksten betroffen. HB



Wie man die Weisheit der Masse nutzt

Das Handelsblatt startet gemeinsam mit dem IW und der Karlsruher Uni eine Prognosebörse für Konjunkturindikatoren.

Dorit Heß

Frankfurt

Wirtschaftsforschungsinstitute tun es. Volkswirtschaftliche Abteilungen von Banken tun es. Internationale Organisationen auch. Selbst Wirtschaftsverbände lassen es sich nicht nehmen. Jetzt kann auch jeder interessierte Bürger in der Handelsblatt Prognosebörse die Konjunktur vorhersagen – und sich so mit den Profis messen.

Das Handelsblatt startet die Prognosebörse gemeinsam mit dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) sowie dem Institut für Informationswirtschaft und -management und dem Forschungszentrum Informatik (FZI), die dem Karlsruher Institut für Technologie (KIT) angegliedert sind. Die neue Internet-Plattform beruht somit auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament.

„Solche Prognosemärkte haben eine hohe Treffgenauigkeit – das hat sich zuerst vor allem in den USA bei der Vorhersage von Wahlen oder Sportergebnissen gezeigt“, sagt FZI-Direktor und Professor am KIT, Christof Weinhardt, der mit seinem Team bereits viel Erfahrung mit Prognosebörsen hat. Er hatte beispielsweise zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006 mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die Prognosebörse Stoccer betrieben.

Viele Laien wissen letztlich mehr als ein Fachmann

Längst gründen auch Unternehmen solche Börsen, um das Wissen ihrer Mitarbeiter als Frühindikator zu nutzen. Das Prinzip funktioniert wie auf gewöhnlichen Wertpapierbörsen – mit dem Unterschied, dass auf virtuellen Prognosemarktplätzen keine Unternehmensanteile, sondern Erwartungen gehandelt werden. Wer wird Fußball-Weltmeister? Wie gut wird ein neues Produkt bei den Kunden ankommen?

Im Zentrum der Handelsblatt Prognosebörse steht eine andere Frage: Wie entwickelt sich die Wirtschaft?

PROGNOSEBÖRSE

Was prognostiziert wird An der Handelsblatt-Prognosebörse können Interessierte ihre Erwartungen über die Entwicklung fünf wichtiger Indikatoren für die deutsche Wirtschaft abgeben: die Zahl der Arbeitslosen sowie die Veränderungen des Bruttoinlandsprodukts, der Bruttoanlageinvestitionen, der Inflationsrate und der Exporte. Die Prognosen spiegeln sich in dem Preis virtueller Aktien wider. Alle fünf Indikatoren starten je auf einem eigenen Markt mit separaten Preisen. So können Teilnehmer alle oder auch nur einzelne Indikatoren handeln.

Warum mitmachen lohnt Gehandelt wird mit virtuellem Geld. Teilnehmer können demnach an der Prognosebörse zwar kein echtes Geld verdienen – aber wer viel und zugleich treffsicher handelt, kann neben hochwertigen Preisen im Gesamtwert von mehr als 36 000 Euro vor allem eines gewinnen: Ansehen.

Sie nutzt das Instrument erstmals in Deutschland systematisch für Konjunkturvorhersagen. Die neue Prognosebörse wagt das Experiment für fünf wichtige Wirtschaftsindikatoren (siehe Kasten).

Die Idee: Man nutze die Weisheit der Masse. Denn die Masse, das zeigen zahlreiche Studien, ist oft intelligenter als einzelne, viele Schätzer sind in der Summe oft treffsicherer als Einzelprognosen. „Wir wollen eine neue Informationsquelle anzapfen und damit traditionelle Konjunkturprognosen ergänzen – keinesfalls ersetzen“, erklärt Weinhardt.

Bei herkömmlichen Prognosen wird ein Trend aus der Vergangenheit mit Hilfe statistischer Methoden in die Zukunft fortgeschrieben. Doch das erschwere es, Schocks wie die Finanzmarktkrise vorherzusehen, warnt Weinhardt. Und während Umfragen den Kenntnisstand der Befragten zu einem festen Zeitpunkt abfragen, werde auf Prognosebörsen der Informationsstand der Teilnehmer permanent bis kurz vor Bekanntgabe amtlicher Daten eingepreist. „Sobald ein Teilnehmer neue Informationen erhält, die seine Erwartungen bezüglich einer dieser Konjunkturindizes

verändern, wird er in der entsprechenden Aktie handeln – kaufen oder verkaufen“, erklärt der Fachmann.

Die Prognosen spiegeln sich in den Kursen der virtuellen Aktien wider

Teilnehmer können über zwei Stellgrößen ihre Erwartungen signalisieren: Preis und Menge. In den Preisen der virtuellen Aktien spiegeln sich die Prognosen für die Indikatoren wider. Wer eine Aktie für überbewertet hält, wird sie verkaufen. Wer eine Aktie für unterbewertet hält, wird sie kaufen. So zeigt beispielsweise der Kurs der Arbeitslosenquote die von allen Teilnehmern erwartete Beschäftigungsentwicklung an. Mit dem Volumen zeigen die Teilnehmer, wie sicher sie sich mit ihrer Prognose sind.

Dass Spekulanten oder schlecht informierte Teilnehmer den Markt nachhaltig stören könnten, glaubt Weinhardt nicht: „Unsere Erfahrungen zeigen, dass die anderen Marktteilnehmer Ausreißer sehr rasch erkennen und durch Käufe oder Verkäufe wieder regulieren.“

Die Handelsblatt Prognosebörse im Netz: eix.handelsblatt.com

EU erwartet nur eine langsame Erholung

Kommissar Almunia: EU-Staaten müssen ihre Defizite ab 2011 jährlich um mehr als 0,5 Prozentpunkte abbauen

Ruth Berschens
Brüssel

Zwischen den europäischen Haushaltswächtern und der Bundesregierung bahnt sich ein Konflikt an: EU-Haushaltskommissar Joaquin Almunia verlangt, dass die EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2011 auf einen strikten Konsolidierungskurs einschwenken. Der Aufschwung werde sich bis dahin soweit stabilisieren, dass die EU-Staaten ihre Konjunkturprogramme zurückziehen und mit dem Sparen beginnen könnten, sagte Almunia gestern bei der Veröffentlichung seiner neuen Wachstumsprognose. Bundeskanzlerin Angela Merkel will aber im „Krisenjahr 2011“ noch nicht sparen. Grund dafür sind die von der schwarz-gelben Koalition versprochenen Steuersenkungen.

Rezession in der EU ist bald vorbei

Die EU-Kommission geht davon aus, dass Europa die schwere Finanzkrise bis 2011 verdaut haben wird. Zwar werde das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU dieses Jahr um vier Prozent schrumpfen, doch die Rezession werde Ende des Jahres überwunden sein, heißt es in der EU-Herbstprognose. 2010 werde die europäische Wirtschaft um 0,7 Prozent und 2011 um 1,6 Prozent wachsen. Das deutsche BIP werde im kommenden Jahr 1,2 Prozent und im Jahr darauf 1,7 Prozent betragen. Diese EU-Prognose deckt sich mit der Vorhersage der Bundesregierung.

Die „nachhaltige wirtschaftliche Erholung“ erlaube es den Mitgliedstaaten, ihre überhöhten strukturellen Staatsdefizite ab 2011 jährlich um mehr als 0,5 Prozentpunkte zu senken, sagte Almunia. Diese Mindestanforderung müssten alle EU-Staaten erfüllen, manche sogar weit darüber hinausgehen. Ohne entschiedene Sparanstrengungen würden die Haushaltsdefizite kaum sinken und die staatliche Schuldenlast werde dramatisch steigen, fürchtet die EU-Kommission. Der deutsche Schuldenberg wächst der Prognose zufolge von 66 Prozent des BIP im laufenden Jahr

auf fast 80 Prozent 2011, wobei die geplanten Steuerentlastungen noch unberücksichtigt sind. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse zwingt Deutschland, ab 2011 „strukturelle Anstrengungen“ beim Abbau der Neuverschuldung zu unternehmen“, heißt es in der Prognose. Kommissar Almunia will das Thema am Rande des bevorstehenden G-20-Finanzministertreffens erstmals mit dem neuen Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erörtern. Mit Sorge beobachtet die Brüsseler Behörde auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote in

der Euro-Zone werde von 9,5 Prozent in diesem Jahr auf 10,9 Prozent in 2011 emporschnellen. Vor allem Spanien, Irland, die baltischen Staaten sowie Ungarn haben unter hoher Erwerbslosigkeit zu leiden. Dagegen erwies sich der deutsche Arbeitsmarkt als relativ krisenresistent.

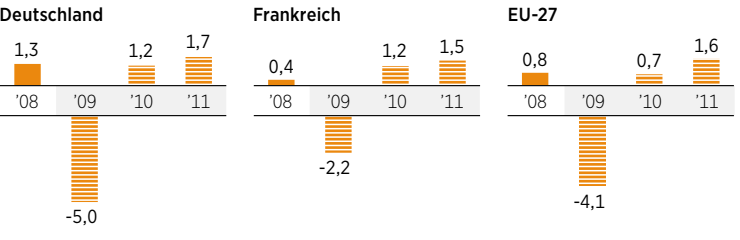
Deutsche Lohnstückkosten steigen

Doch der größte EU-Staat müsse aufpassen: „Der starke Rückgang der Wirtschaftsleistung bei gleich bleibender Beschäftigung führte zu einem scharfen Rückgang der Produktivität verbunden mit einem starken Anstieg der Lohnstückkosten“, schreiben die EU-Konjunkturforscher. Dieser Zustand sei auf Dauer nicht haltbar. Ein gewisser Personalabbau werde daher unvermeidlich sein und sich 2011 in steigenden Arbeitslosenzahlen niederschlagen.

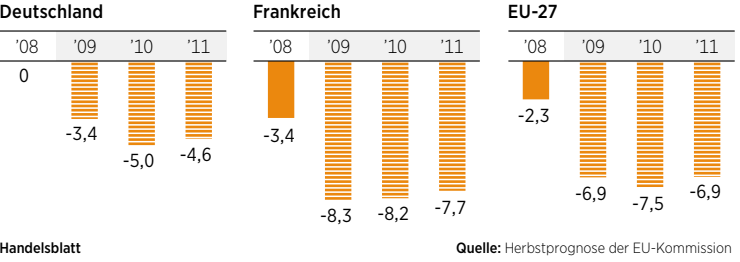
Für Deutschland komme es nun darauf an, den negativen Trend der Produktivitätsentwicklung umzukehren und mehr Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu schaffen. Deutschland müsse zudem zügig die Probleme im Bankensektor bewältigen. Die Kapitalbasis der deutschen Kreditinstitute habe schwer unter der Finanzkrise gelitten. Weitere Bankenpleiten und hohe Abschreibungsverluste auf Wertpapiere seien nicht auszuschließen. Darunter könne die Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte leiden, was das Wachstum beeinträchtige.

EU-Herbstprognose

BIP-Wachstum, Veränderung in %



Haushaltsdefizit in % des BIP



Handelsblatt

Quelle: Herbstprognose der EU-Kommission

Verkehrsstatistiken signalisieren Wende

US-Ökonomen sehen in der Schätzung gefährdeter Meilen den akkuratesten Indikator für die Konjunkturentwicklung.

Dirk Heilmann, Jens Koenen
Düsseldorf, Frankfurt

Amliche Verkehrsstatistiken sind nach Einschätzung von Ökonomen der US-Notenbank Fed nur von begrenztem Nutzen für die Früherkennung konjunktureller Wendepunkte in den USA. Am besten sei noch die von der Straßenbehörde Federal Highway Administration monatlich veröffentlichte Schätzung der Entwicklung der gefährdeten Meilen, argumentieren Paul Bauer und Caroline Herrell, Wirtschaftsforscher der Fed in Cleveland, in einem aktuellen Papier. Sie sei am breitesten und weise die deutlichste Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung der Wirtschaft auf.

In der Krise wird weniger gefahren

Die Schätzung, die privat gefährdete Pkw-Meilen ebenso einbezieht wie den kommerziellen Straßenverkehr, hat in früheren Rezessionen eine sinkende, aber nicht immer negative Wachstumsrate aufgewiesen. Auf jeden Fall seien die Zuwachsraten in Rezessionen immer deutlich niedriger gewesen als in den Jahren davor. Die Wachstumsrate der gefährdeten Meilen zeigt derzeit nach einem scharfen Abwärtsknick ab 2007 wieder einen klaren Aufwärtstrend.

Eine etwas verhaltenere Entwicklung hat auch die vom US-Zensusbüro veröffentlichte Statistik der Auslieferungen des verarbeitenden Gewerbes genommen. Der Kurvenverlauf ist derzeit ähnlich wie am Ende der Rezession 2001/02. Bauer und Herrell warnen jedoch, dass sie auf den Daten eines Sektors beruht, der nur noch rund 13 Prozent der US-Wirtschaftsleistung ausmacht.

Noch weniger ergiebig sind nach Einschätzung der Forscher amtliche Verkehrsstatistiken für den kommerziellen Passagier- und Frachtverkehr. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 sind die Passagierzahlen eingebrochen, während das Frachtaufkommen weitgehend stabil blieb. Auch diese Statistiken zeigen jetzt eine Wende nach oben an.

Luftfracht ist kein Frühindikator

Auch die internationale Luftfracht ist in der aktuellen Rezession ihrem Ruf als Frühindikator nicht gerecht geworden. Erst parallel mit dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft brach das Frachtvolumen so richtig ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten erste Industrieunternehmen bereits von großen Problemen auf der Nachfrageseite berichtet.

Auch die sich jetzt deutlich abzeichnende Konjunkturerholung spiegelt sich in den Verkehrsdaten der Luftlogistik so nicht wider. Die Frachtnachfrage lag im September laut Weltluftfahrtverband IATA noch um 5,4 Prozent unter dem bereits extrem schwachen September des Vorjahres.

US-Notenbank Fed spielt „toter Mann“

Nicht einmal eine Andeutung, wann die Zeit des billigen Geldes enden könnte, wagt die Fed. Die Lage ist zu unübersichtlich.

Rolf Benders
New York

Beiß nicht zucken! Das scheint die Devise der US-Notenbanker bei ihren heute zu Ende gehenden geldpolitischen Beratungen zu sein. Obwohl die Wirtschaft im dritten Quartal erstmals seit einem Jahr wieder zulegte und damit die Furcht vor einer galoppierenden Inflation wächst, wird sich die Fed wohl vorerst nicht einmal zu einer Andeutung hinreißen lassen, wann sie die Zinsen wieder erhöhen könnte. „Das ist vielleicht später 2009 oder irgendwann 2010 möglich, aber nahezu sicher nicht jetzt“, sagt Jan Hatzius, Chefvolkswirt bei Goldman Sachs.

Rätselraten um Formulierungen

Ökonomen erwarten daher, dass die Fed nicht nur die Zinsen unverändert lassen wird. Auch die Formulierung, die Zinsen seien „für längere Zeit“ angemessen, werde sie wohl nicht ändern, heißt es. Aus Sicht der Fed-Aguren bedeutet dies weitere sechs bis zwölf Monate einer faktischen Nullzinspolitik. Sie diskutieren, ob die Formulierung in „für einige Zeit“ geändert werden könnte. Aber damit würde sich die Fed auf eine Zinsänderung in drei bis vier Monaten festlegen. Das dürfte Fed-Chef Ben Bernanke zu risikoreich sein.

Abzuwarten bleibt, ob die Fed ihr Ankaufprogramm für Immobilienkredite von derzeit 1,25 Billionen Dollar aufstockt. Das Protokoll der September-Sitzung des geldpolitischen Entscheidungsgremiums verrät, dass einige Mitglieder das befürworteten. Aber auch hier rechnen Experten damit, dass die Fed noch abwartet.